

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Adressen: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89, Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt RSLA :-:

Nummer 21

Zeitung Nr. 1

Laasphe, Montag den 26. Januar 1931

56. Jahrgang

Die Lage der Reichsbahn.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages machte Reichsverkehrsminister von Guérard bemerkenswerte Ausführungen über die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn. Der Minister sagte u. a.:

In dem für die deutschen Eisenbahnen besten Jahre, nämlich im Jahre 1913, haben sämtliche deutschen Staatsunternehmungen zusammen in Gestalt von Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden und von Ueberschüssen insgesamt eine Milliarde aufgebracht. Demgegenüber betrug die Belastung der Reichsbahn heute für Reparationen 660 Millionen. Dazu kommt infolge des Youngplans durch die andere Zahlungsweise eine Mehrbelastung von 10 Millionen. Ferner sind der Reichsbahn für Wohnungsbauausgaben Zuschüsse zu den Verwaltungskosten der Gemeinden von 5 Millionen jährlich auferlegt worden. Das sind zusammen 675 Millionen. Dazu kommt die Beförderungsteuer mit rund 300 Millionen. Das ergibt rund eine Milliarde. Ich bin der Auffassung, daß die Ablieferungen der Reichsbahn aus der Beförderungsteuer an das Reich auf einen bestimmten Höchstbetrag festgesetzt werden müssen. Dieser Auffassung widerspricht derzeit der Reichsfinanzminister. Ich glaube aber, daß ohne eine solche Begrenzung die Kreditfähigkeit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nicht zu heben ist. Schließlich hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft eine Dividende von 35 Millionen zu zahlen für den gesetzlichen Anteil des Reiches (500 Millionen) an den Vorzugsaktien, und die politischen Lasten in Höhe von 275 Millionen zu tragen. Die Gesamtbelastung beträgt also rund 1300 Millionen gegenüber 1000 Millionen in dem Blütejahr 1913.

Ueber den vorläufigen Abschluß der Reichsbahn 1930 teilte der Minister mit, daß der Einnahmerückgang seit 1913 als noch ungünstiger herausgestellt habe, als man zuerst erwartet habe, und nach den vorläufigen Feststellungen 700 Millionen betragen werde. Der Minister betonte diese Lage mit außerordentlicher Sorge. Die Reichsbahn ist dringendstenfalls, zum Bilanzausgleich bereits den größten Teil ihres Anteiles an der Younganleihe zu verwenden. Auch muß sie die Dividendenrücklage bereits für die Zahlung der Dividende in Anspruch nehmen. Falls der Verkehr nicht eine starke Wiederbelebung erfährt, besteht die Gefahr, daß die Garantiepflicht des Reiches für die Dividenden praktisch wird.

Bei dieser Lage steht der Minister bei aller Anerkennung der Bedeutung einer weiteren Tarifierung der Reichsbahn der Möglichkeit einer solchen skeptisch gegenüber. Schon die vor kurzem durchgeführte Tarifierung, die etwa einen Einnahmeausfall von 45 Millionen bringen werde, sei nur durch sehr energisches Auftreten der Reichsregierung zu erreichen gewesen. Der Minister hofft aber, eine weitere Herabminderung vor allem der Gütertarife der oberen Wagenladungsklassen von der Reichsbahn im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Regelung des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn und Kraftwagen zu erreichen. Der Abbau der Reichsbahndirektion Magdeburg sei von der Reichsbahn erst beschlossen worden, nachdem die preussische Regierung Widerspruch nicht erhoben habe.

Wegen des Werkstättenwesens sei der Minister seit langer Zeit im gewissen Widerstreit mit der Reichsbahn wegen der von ihr durchgeführten Entlassung von Arbeitern. Die Reichsbahn will das Werkstättenwesen wirtschaftlich zusammenfassen und erwartet daraus erheblichen Vorteil. In Zukunft wird die Reichsbahn beabsichtigt Schliefungen von Werkstätten ein halbes Jahr vorher der Reichsregierung mitteilen. In absehbarer Zeit sei eine Schließung weiterer Ausbesserungswerke nicht beabsichtigt. Das Gesetz über die Regelung des Kraftwagenwettbewerbs solle den Streit Kraftwagen-Eisenbahn möglichst mildern.

Im Anschluß an diese Ausführungen sprach der Minister sodann über eine Reihe

anderer Verkehrsfragen.

Er wendete sich zunächst gegen den Bau besonderer Luftstraßen und deren Finanzierung durch Verkehrsabgaben. Deutschland sei für solche Zugwege zu arm. Was die Luftfahrtfrage angehe, so werde augenblicklich im Reichsverkehrsministerium ein Plan für etwa zwei bis drei Jahre aufgestellt, um auf allen Gebieten ein einheitliches Vorgehen zu erreichen. Auf dem Gebiet der Wasserstraßen sei die erwünschte Planmäßigkeit noch nicht erreicht. Er hoffe jedoch, die Gelder für die rentablen Kanalbauten aus Anleihen aufzubringen. Bei dem einheitlichen Plan stehe der Mittellandkanal an erster Stelle. Zweifelslos sei der Südfügel dieses Kanals eine schwere wirtschaftliche Belastung, es lägen aber Bindungen durch Staatsverträge vor. Der Dortmund-Ems-Kanal genüge nicht mehr den Anforderungen. Es bestünde die Gefahr einer Abwanderung großer Industrien nach dem Rheine hin. Der Ausbau des Kanals für 1000-Tonnen-Schiffe sei unbedingt notwendig, um eine Verelendung des Dortmunder Industriegebietes zu verhindern. Die Kosten des Kanals würden geringer sein als die für den entsprechenden Ausbau der Reichsbahn. Der Bedarf solle zunächst nur bis Heilbronn kanalisiert und 1938 fertig werden. Im gleichen Zeitraum werde die Rhein-Main-Donau-Verbindung

Scharfe Gegensätze in Genf

Das Abrüstungshefter. — Curtius gegen den Abrüstungsentwurf.

Genf, 24. Januar.

Der Völkerbundsrat hat am Samstag die Vereinbarung, die in der Geheimfugung für die kommende Abrüstungskonferenz getroffen wurden, bestätigt und beschlossen, die

Abrüstungskonferenz zum 2. Februar 1932

einuberufen. — Der englische Außenminister Henderson als Präsident der Konferenz, gab eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß der vom Abrüstungsausschuß ausgearbeitete Abkommensentwurf den Rahmen der künftigen Konferenzverhandlungen darstelle, innerhalb dessen die Regierungen nur noch ihren ziffernmäßigen Rüstungsstand feststellen müßten. Er hoffe, daß diese Ziffern unter dem heutigen Niveau der Rüstungen liegen würden.

Große politische Aussprache.

Die Erklärung des englischen Außenministers Henderson, die im Gegensatz zu der deutschen Auffassung über den Abkommensentwurf des Abrüstungsausschusses eine Grundlage für die Abrüstungskonferenz erblickten, führten zu einer großen politischen Aussprache, in der Dr. Curtius und Briand den grundsätzlichen Standpunkt ihrer Regierungen zum Ausdruck brachten.

Rededuell Curtius-Briand.

Der deutsche Außenminister Curtius erklärte, daß aus den Ausführungen des Präsidenten Henderson der Eindruck entstehen könnte, als ob der vom Abrüstungsausschuß ausgearbeitete Abkommensentwurf für alle Teile verbindlich

sei und die feste Grundlage der Konferenzarbeiten bilden werde, in die lediglich noch die Rüstungsziffern der einzelnen Regierungen einzufügen seien.

Er habe bereits in der vorhergehenden Geheimfugung des Ausschusses festgestellt,

daß die deutsche Regierung den Konventionsentwurf nicht annehme

und daß dieser Abkommensentwurf in keiner Hinsicht verbindlich für die übrigen Regierungen sei. Es könne sich hierbei nur um eine Empfehlung handeln, die den Regierungen übermittle. Dr. Curtius stellte sodann nachdrücklich noch einmal fest, daß die ganze Frage des Systems der Rüstungen noch offen sei und daß, wenn die Frage der Rüstungen noch weiter erörtert werden müsse, der Konventionsentwurf keinerlei verpflichtende Grundlage beigemessen werden dürfe. Er lege ausdrücklich Wert darauf, diese Feststellungen vor dem Völkerbundsrat vorzunehmen.

Briand antwortete unmittelbar auf Dr. Curtius. Er erklärte, er schließe sich den Erklärungen des englischen Außenministers an, daß nunmehr die Verpflichtungen des Artikels 8 des Völkerbundsstatuts erfüllt werden müßten. Die Aufgabe der Regierungen sei es, jetzt eine günstige Atmosphäre für die Abrüstungskonferenz zu schaffen und durch Propaganda die Völker aufzuklären und vorzubereiten.

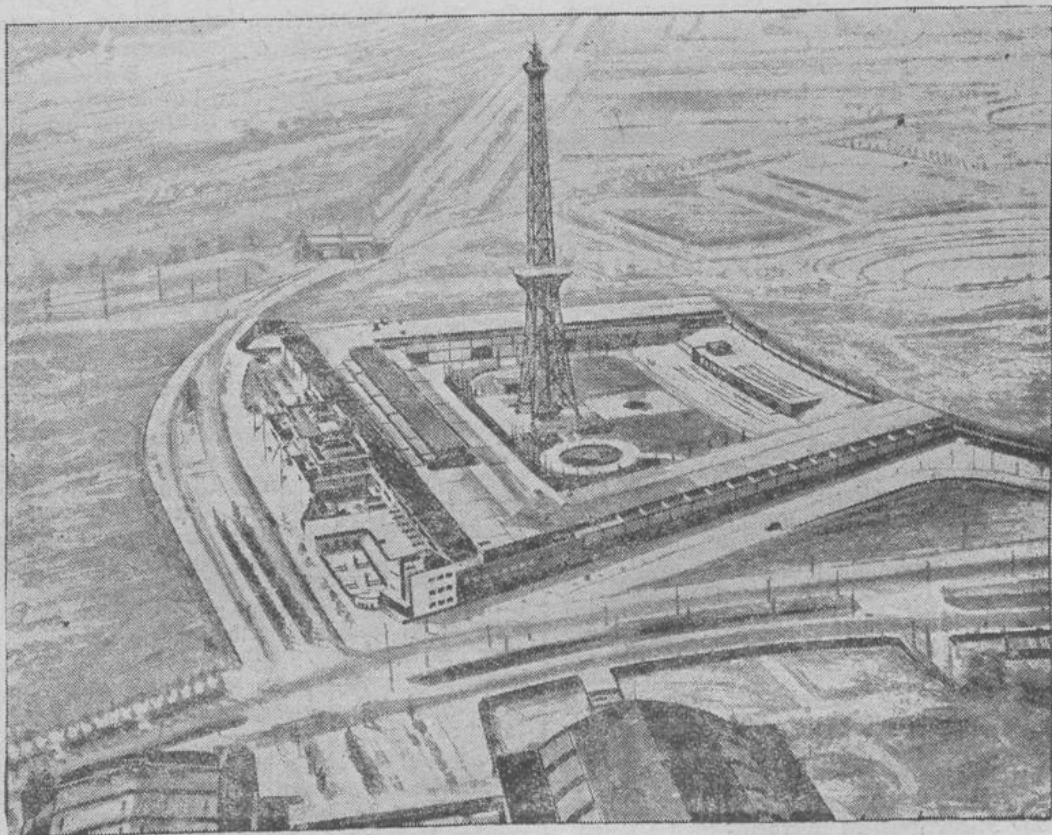
Die „Abrüstung“ in der Praxis.

Ein Drittel des polnischen Staatshaushalts für Rüstungszwecke. — Phantastische Begründung.

Warschau, 24. Januar.

Im polnischen Parlament gab ein Abgeordneter des Regierungsbüros einen Überblick über den Haushalt selbst. Der Haushalt sehe an Heeresausgaben 847,6 Millionen Loty (etwa 410 Millionen Mark) vor. Das sei beinahe ein Drittel des gesamten Haushaltsplanes.

Die Notwendigkeit des hohen Kriegshaushalts suchte der Redner ferner damit zu begründen, daß er die Kriegsrückstände der Nachbarstaaten mit den schwärzesten Farben malte. Deutschland ist hierbei am schrecklichsten. Einschließlich aller Verbände, wie Stahlhelm, Hitler-Stoßtrupp, Reichsbanner, Kampfbund, Reitervereine u. a. m., die sämtlich vom Reichswehrministerium unterstützt werden sollen, verfüge Deutschland, nach Meinung des Redners, im Augenblick über eine Kriegsmacht von acht Millionen Mann.



Die Deutsche Bauausstellung lädt ein!

An die Fachleute der ganzen Welt. — Auf 130 000 Quadratmeter 6 Sonderabteilungen.

Am 9. Mai 1931 öffnet die Deutsche Bauausstellung Berlin der Welt ihre Pforten. Für diese größte Nachkriegsveranstaltung der Reichshauptstadt, deren internationaler Teil für Städtebau und Wohnungswesen aus zwanzig Staaten besteht, ist, steht das gesamte Ausstellungsgelände der Stadt Berlin mit allen Ausstellungshallen und dem dazugehörigen ausgedehnten Freigelände für die ganze Dauer der Ausstellung (9. Mai bis 2. August 1931) zur Verfügung. Die Deutsche Bauausstellung will die grundlegende geistige und wirtschaftliche Wandlung unserer Zeit im Bau- und Woh-

nungswesen sichtbar machen und den Baugedanken in das Volk tragen, neuen Bauwillen, neue Baugesinnung, neue und verbesserte Bautechniken und Bauformen fördern und damit nicht nurwerbend, abfahrgewinnend, sondern auch erzieherisch, belehrend und anregend wirken.

Die weit vorgeschrittenen Vorbereitungsarbeiten haben es der Ausstellungsleitung gestattet, schon jetzt die Einladung zum Besuch dieser großen Schau an die Fachinteressentenkreise der ganzen Welt ergreifen zu lassen. Unser Bild veranschaulicht einen Teil des Bauausstellungsgeländes.

Das Ergebnis von Genf.

Annahme der deutschen Forderungen. — Systemwechsel in Oberschlesien zugesagt.

Genf, 25. Januar.

Die Beratungen der vier Ratsmitglieder mit den Juristen der betreffenden Völkerverbände über die deutschen Beschwerden sind abgeschlossen worden.

Polen hat die deutschen Forderungen in den wesentlichen Punkten angenommen. Außenminister Jazewski hat sich verpflichtet, der Ratsversammlung im Mai über Maßnahmen zu berichten, die von der polnischen Regierung zur Änderung des Systems in Oberschlesien ergriffen worden sind. Diese Änderungen sollen ohne Rücksicht auf die Stellung der schuldigen Beamten vorgenommen werden.

Der Bericht über die Beschwerden.

Verletzung des Genfer Abkommens festgestellt.

Die entscheidenden Stellen des Berichtes, den das japanische Ratsmitglied Yoshizawa dem Völkerverbandsrat über die deutschen Beschwerden erstattet hat, lauten:

Was die Angriffe gegen Personen und Eigentum, denen die Bewohner Oberschlesiens ausgesetzt sind, angeht, so hat niemand bestritten, daß Taten dieser Art, wie sie in den Beschwerden aufgezählt sind, vorgekommen sind und daß

diese Vorgänge derart schwerwiegend

sind, daß man in zahlreichen Fällen von einer Verletzung der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention sprechen muß. Das sind Tatsachen, die der Rat feststellen muß. Wie der Vertreter Deutschlands vor dem Rat gesagt hat, ist entscheidend die Haltung der Behörden. Hier ist zu unterscheiden zwischen direkten und indirekten Verantwortlichkeiten. Der Rat wünscht, daß die polnische Regierung vor der nächsten Ratstagung im Mai ein ausführliches und detailliertes Exposé der Ergebnisse der von ihr vorgenommenen Untersuchungen einreiche, und zwar soll sich dieser Bericht der polnischen Regierung auch auf die Vergeltungs- und die Schadenersatzmaßnahmen erstrecken. Was die indirekten Verantwortlichkeiten angeht, so sei es von großer Bedeutung, daß im Interesse der Ruhe und des Friedens in solchen Gebieten wie Oberschlesien alles vermieden werden müsse, was auf direkte oder indirekte Weise dazu beitragen könnte, die Gemüter zu erhitzen und die Leidenschaften zu erregen.

Es sei selbstverständlich, daß sich daraus für die Behörden Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen besonders schwerer Art ergeben, die von ihrer Seite die genaueste Achtung vor den Rechten der Minderheiten erfordern. Es sei unbedingt notwendig, daß die Behörden sich jeder Einmischung in politische Kämpfe enthalten, besonders, wenn es sich dabei um die Minderheiten handelt.

Aus den Schriftstücken, die dem Räte vorgelegt worden seien und aus den Debatten vor dem Rat habe man den Eindruck erhalten, daß der Aufständische von einem Geist erfüllt ist, der nicht geeignet ist, die Annäherung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern. Es gehe nicht an, daß eine solche Organisation eine bevorzugte Stellung einnehmen dürfe, die sich zum Schaden der Minderheit auswirke.

Die polnische Regierung müsse die notwendigen Maßnahmen ergreifen und die besonderen Beziehungen, die zwischen den Behörden und solchen Organisationen, die eine politische Tätigkeit ausüben, lösen. Es sei in jedem Fall unerlässlich, daß man der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien in dieser Beziehung Vertrauen einflöße.

Dieses Vertrauen sei unglücklicherweise tief erschüttert worden. Ohne dieses Vertrauen sei eine Zusammenarbeit zwischen der Minderheit und dem Staat nicht möglich.

Der Abschluß der Ratstagung.

Der Völkerverbandsrat hat in seiner Nachmittagsitzung die deutsche Beschwerde über die Terrorakte in Polnisch-Oberschlesien, Polen und Pommern mit der Annahme des den Ratsmitgliedern vorgelegten Berichtes abgeschlossen. Die

Erklärung nahm nur kurze Zeit in Anspruch, eine Aussprache erfolgte nicht mehr.

Henderson für die Minderheiten.

Der Ratsvorsitzende Henderson richtete nach der Annahme des Berichtes noch einige Worte an die Ratsmitglieder. Er sprach seinen Dank an den Berichterstatter aus, der eine Lösung für diese so schwierige Frage gefunden habe. England habe stets ein großes Interesse an diesem Problem gezeigt, und es sei über die Lösung sehr befriedigt.

Die Minderheitenfrage sei eine Frage, die die ganze Welt angehe. Daraus ergebe sich die internationale Bedeutung dieser Frage. Es sei ein Völkerverbandsproblem, an dessen Lösung alle Mitglieder verpflichtet seien, sich zu beteiligen. Wenn dieses System fehlschlage, so seien die Folgen nicht abzusehen. Alles müsse für eine Dauerregelung dieses Problems getan werden.

Zum Schluß richtete Henderson einen Appell an die Minderheiten, auch das Ihrige zu tun und in ihrem eigenen Interesse mit den Regierungen zusammenzuarbeiten. Daß eine Lösung möglich sei, beweiße das Beispiel der Schweiz.

Die Memelbeschwerte.

Scharfe Auseinandersetzung Curtius—Jaunius.

Die Nachmittagsitzung der Ratstagung war hauptsächlich der großen deutschen Beschwerde über die Wahlvorgänge in Polnisch-Oberschlesien gewidmet. Von den übrigen Punkten verdient besonders die Memelbeschwerte der deutschen Regierung Erwähnung zu werden. Es entwickelte sich eine längere Debatte, in die wiederholt der deutsche Außenminister Dr. Curtius, der litauische Außenminister Jaunius, der Berichterstatter Morawski und wegen der Ratsvorsitzende Henderson eintraten.

Der litauische Außenminister bestritt nochmals die Rechtmäßigkeit der deutschen Beschwerde, obwohl der Rat in seiner letzten Tagung einwandfrei diese formale Frage im Sinne der deutschen Auffassung entschieden hatte.

Dr. Curtius trat dem Außenminister in diesem Punkte nochmals scharf entgegen und erklärte, er lehne es ab, sich mit Jaunius vor dem Rat über diese Frage auseinanderzusetzen.

Der litauische Außenminister machte sodann den Versuch, in einer längeren Ausführung den materiellen Teil der deutschen Beschwerde anzuzweifeln. Er widersetzte sich hartnäckig dem Vorschlag des Berichterstatters, die juristischen Streitfragen durch ein Gutachten des Haager Gerichtshofes klären zu lassen, mit der Begründung, die sowohl Dr. Curtius wie der Berichterstatter zurückwiesen, daß der litauische Staat nicht in der Lage sei, in einer Streitfrage mit einer seiner „Provinzen“ sich an den Haager Gerichtshof zu wenden.

Es wurde ein Vorschlag des Ratspräsidenten angenommen, die Frage nochmals auf die Tagesordnung der Ratstagung zu setzen. Mit diesem Vorschlag konnte sich Dr. Curtius ohne weiteres einverstanden erklären, da auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen wurde, die Beschwerden der Memelländer gründlich zur Erörterung zu stellen.

Die Regierungstrile in Frankreich.

Briand lehnt ab, Laval beauftragt.

Paris. Wie zu erwarten war, hat der Präsident der Republik, Doumergue, Briand die Kabinettsbildung angeboten. Dieser hat aber abgelehnt mit der Begründung, es sei ihm unmöglich, neben dem Posten des Außenministers auch noch die Ministerpräsidentenschaft zu übernehmen.

Darauf hat der Präsident den Senator Laval ins Elisee berufen und ihm die Kabinettsbildung angeboten. Laval hat den Auftrag übernommen.

Die deutsch-polnischen Verträge.

Der Liquidationsvertrag im polnischen Parlamentsauschuß angenommen.

Warschau, 24. Januar.

Der Sejm auschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm von den beiden zur Erörterung stehenden Verträgen

mit Deutschland nur den Liquidationsvertrag mit den Haager Protokollen mit den Stimmen der Regierung und einigen Stimmen der polnischen Linken in zweiter und dritter Lesung an.

Der Berichterstatter, Abg. Morozowski, Mitglied des Regierungsbüros, wies in einer längeren Rede die Vorteile, die der Liquidationsvertrag Polen bietet, nach und empfahl ihn anzunehmen. Er erklärte, Polen erhalte nach dem Haager Aufstellungsplan aus den deutschen Tributzahlungen bei den ersten 37 Raten einen Anteil in Höhe von je 500 000 Reichsmark. Ferner seien sämtliche polnische Kriegsschulden und sonstigen Leistungen in einer Gesamtsumme von 7,6 Milliarden Zloty für null und nichtig erklärt worden. Somit seien auch gewisse deutsche Gegenforderungen an Polen auf Entschädigung für Beschlagnahme von Staatsgut hinfällig geworden. Alsdann gab der Redner einen genauen Überblick über die Vorgeschichte des Liquidationsabkommens. Das Ergebnis der Liquidation deutschen Eigentums in Polen und Pommern sei durchaus befriedigend. Der in deutscher Hand verbliebene Besitz nur gering. Insgesamt verblieben in den beiden genannten Provinzen 13 v. H. landwirtschaftliche und 9 v. H. städtische Objekte in deutschem Besitz, die noch hätten liquidiert werden können.

Neue Sparvorschläge.

Der Sparkommissar für genaue Etatkontrolle. — Vereinheitlichung der Haushaltspläne.

Berlin, 24. Januar.

Der Reichsparkommissar und Präsident des Rechnungshofes Dr. Saemisch hat an führender Stelle neue Vorschläge über Sparmaßnahmen gemacht, die vor allem in einer Haushaltskontrolle und in einer Vereinheitlichung des Haushaltsrechtes gipfeln. Saemisch hat in seinen Sparvorschlägen u. a. ausgeführt: Das Postulat einer wirksamen

Haushaltskontrolle aller öffentlichen Verbände durch vollkommen unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Stellen müßte als allgemeiner und in den Einzelheiten möglichst gleichmäßiger Rechtsgrundsatz realisiert werden. Weiter sollte das

Schuldenrecht der öffentlichen Verbände nach einheitlichen Grundsätzen geregelt werden. Hierin würde auch der Vorteil liegen, daß der öffentliche Kapitalmarkt in Deutschland und im Ausland, gleichgültig, ob es sich um Kreditbedürfnisse des Reiches, der Länder, der Kommunen oder Kommunalverbände handelt, mit den gleichen rechtlichen Voraussetzungen zu rechnen hätte. Es würde aber den wahren Interessen der Kreditnehmer dienen, wenn überall die gleichen Vorschriften über die Zurechnung, Verwaltung und Tilgung der öffentlichen Schulden gelten würden, da vielfach noch von der Schulden Seite her Gefahren für die öffentlichen Verbände aufstünden.

Hierbei soll nicht gefast werden, daß die Reichsregierung schon vollkommen wäre und einfach auf einen der angebotenen Wege übernommen werden könnte. Auch sie wird einer sorgfältigen Revision und insbesondere Ergänzung bedürfen. Schließlich muß in diesem Zusammenhang noch die Vereinheitlichung der Haushaltspläne erwähnt werden. Zum Teil würde sie sich schon z. B. in den grundlegenden Fragen des Ordinarius und Extraordinarius, des Bruttoprinzips usw. aus der Vereinheitlichung des Haushaltsrechtes ergeben. Darüber hinaus müßte durch eine Angleichung des Etatschemas die Grundlage für eine leichtere Vergleichbarkeit der Haushalte der einzelnen Länder und Kommunen zu gewinnen versucht werden.

Offene Worte aus Amerika.

Auffeuernde Forderungen eines Politikers und Wissenschaftlers.

Chicago, 24. Januar.

Dr. Nicholas Murray Butler, führender Republikaner und Präsident der Universität von Columbia, richtete auf der Jahrestagung der Völkervereinigung in Chicago einen machtvollen Appell an das amerikanische Volk, eine aktivere Politik zur Völkerverständigung zu betreiben.

Amerika dürfe nicht untätig zusehen, wie die alliierten

West-Ost-Siedlung.

Eine Wittgensteiner Studienkommission zur Besichtigung im Osten.

Um dem Kreisausschuß und seinem Vorsitzenden die Verantwortung für die Ostsiedlerberatung zu erleichtern, war es notwendig, daß die Verhältnisse an Ort und Stelle nachgeprüft und mit den Siedlungsgesellschaften eingehend besprochen wurden. Der Kreisausschuß hat daher Landrat Drossot, Landwirt und Bahnarbeiter Dellori-Verghausen und Land- und Gastwirt Wehnd-Webdelhausen nach Ober- und Niederschlesien, Landrat Drossot auch noch weiter nach der Grenzmark Posen-Westpreußen entsandt. Sämtliche Siedlungsgesellschaften haben bereitwilligst über ihre bisherigen Siedlungserfahrungen und die für 1931 beabsichtigten neuen Siedlungen Auskunft erteilt und den Beauftragten durch Kraftwagenstellung den Besuch der für die Siedlung mit Wittgensteiner, Siegener und anderen westdeutschen Landwirten in Betracht kommenden Güter und einer Anzahl schon vor einigen Jahren mit Westfalen und Einheimischen besiedelter Güter ermöglicht. Da der im Auftrage der ober-schlesischen Landgesellschaft an den Besichtigungen teilnehmende Diplomalldwirt, Sohn eines aus der Hildesheimer Gegend nach Niederschlesien übergesiedelten Bauern, der landwirtschaftliche Beamte des 1. in Oberschlesien besichtigten Siedlungsgutes Sohn eines aus Westfalen nach Oberschlesien übergesiedelten Bauern war und wir Beauftragten mehrere Stunden mit westfälischen Siedlern aus dem Kreise Beckum und kürzer mit aus Westpreußen und Oberschlesien selbst stammenden Siedlern, deren Erfahrungen und Wirtschaftserfolge besprechen konnten, glauben wir ein genügend klares Bild über die Siedlungsmöglichkeiten und Erfolge bekommen zu haben, um zur Ostsiedlung raten zu können.

Dringend notwendig ist allerdings, daß der Siedlungslustige selbst und seine Frau und Kinder sehr arbeitsam, sparsam, fleißig, in der Landwirtschaft erfahren und zu gemeinschaftlicher Zusammenarbeit bereit ist. Alle Hilfe von

Reich, Staat, Provinz und Kreis soll, das muß immer wieder betont werden, es dem Siedler nicht ermöglichen, bequem, ohne große eigene Anstrengung und ohne Fleißigkeit sozial aufzusteigen. Diese Hilfe soll vielmehr die Kosten, die durch die Umwandlung eines landwirtschaftlichen Großbetriebes in Bauernwirtschaften entstehen, die seit Kriegsende besonders hohen Baukosten der Gebäude und die Kosten der öffentlichen Einrichtungen (Wegebauten, Schulbauten, Meliorationen, Wasserversorgung usw.) soweit decken, daß ein fleißiger, tüchtiger, sparsamer Siedler, der mit seinem Kapital eine alte Bauernstelle nicht erwerben könnte, eine Siedlerstelle erwerben, halten und langsam vorwärts bringen kann. Siedlerbrot ist daher ein hartes Brot, vor nicht mehr arbeiten will, als der Landwirt auf ererbtem, altem Hofe, gesundem Fortschritt nicht geneigter ist, als mancher alter Bauer, genossenschaftlichen Zusammenschluß ablehnt, der mag in der Heimat bleiben, auch wenn er dort immer in abhängiger Stellung bleibt und dauernd in Gefahr ist, arbeitslos zu werden und der Fürsorge anheimzufallen. Daß aber dem tüchtigen, fleißigen, sparsamen Landwirt im Osten große Aufstiegsmöglichkeiten winken, das haben uns Wittgensteiner die zufriedenen, frohen Gesichter unserer westfälischen Landsleute, bei denen wir einige Sonntagsgesunden in behaglicher Stube verbrachten, und ihre sauberen, ausreichenden Wohnungen, Ställe und Scheunen gezeigt.

Wie ich in einem früheren Aufsatz schon betont habe, werden die meisten Siedlerstellen im Osten als Volkswirtschaften (Zweispännerstellen) mit rd. 60 Morgen Acker und Wiese ausgelegt, zu denen bisweilen noch einige Morgen Wald oder Stubbensand kommen, das vom Siedler in Acker umgewandelt werden soll. Es werden daneben aber in letzter Zeit auch mehr und mehr Stellen von 16—20 Morgen (doppelte Rohnahrung), 25—30 und 40 Morgen (Halbbauern oder Einpännerstellen) ausgelegt, um auch kleinen Seuten mit geringerem Eigenkapital die Ansiedlung zu ermöglichen. Stellen von weniger als 30 Morgen sind nicht mehr als selbständige Ackerbauern anzusehen, ihre Besitzer müssen vielmehr eine Anzahl Tage im Jahr Nebenberuf haben. Für 20 Morgen z. B. rechnet man mit 50 zufälligen Tagewerken. Die einheimischen und ein großer

Teil der aus dem Westen kommenden Siedler legen auf die Haltung von 1—2 Pferden (daher Einspänner- und Zweispännerstellen) unbedingt Wert, trotzdem die verantwortlichen Fachleute immer wieder betonen, daß das Pferd ein „Raubtier“ ist, das mit jedem Tag an Wert einbüßt und erhebliche Futterkosten verursacht, während der Zugochse eine Anzahl Jahre lang mit zunehmendem Gewicht an Wert zunimmt und die Zugkraft neben der Arbeitsleistung noch Milch mit kaum vermindertem Fettgehalt gibt. Die Stellengrößen finden den Wirtschaftsnutzen des Pferdehaltenden Bauern, die Arbeitskraft des Pferdes reißlos auszunutzen und möglichst ganz ohne fremde Arbeitskräfte auszukommen, angepöht. Sie erfordern, um fremde, teure Arbeitskräfte zu sparen, daher unbedingt weitgehende Maschinenanwendung. Da im einzelnen bäuerlichen Betrieb die meisten Maschinen nur wenige Tage im Jahr benutzt werden, die Belastung mit Verzinsung und Tilgung des Kaufpreises aber das ganze Jahr läuft, ist genossenschaftliche Beschaffung und Benutzung aller etwas größeren Maschinen eine Notwendigkeit und in Oberschlesien und Niederschlesien besonders bei den aus dem Westen kommenden Siedlern schon in starkem Maße durchgeführt. Entweder haben sich 3—4 benachbarte Siedler zur Haltung von Selbstbindern, Grassmäher, Düngertreuer, Drillmaschine, Hackmaschine, Wiegeneggen, Walzen, Schleppen, Nachtrecken, Heubinder zusammengeschlossen und so die rd. 3000 RM. betragenden Kosten dieser Maschinen auf drei oder vier Schultern verteilt, oder die Siedlungsgesellschaft sucht alle oder wenigstens eine große Gruppe von Siedlern zu gemeinsamer Maschinenhaltung zusammenzuschließen, so daß die vom einzelnen weniger gebrauchten Maschinen nur für eine größere Anzahl von Stellen einmal angeschafft zu werden brauchen und so der einzelne Siedler noch mehr entlastet wird. Dreifach, vielfach mit schweren Kulturgeräten für Flächen mit besonders schwerem Boden müssen auf jeden Fall von einer größeren Anzahl von Siedlern gemeinsam beschafft werden. In mehrjährigen Erfahrungen in Ober- und Niederschlesien hat sich die genossenschaftliche Maschinenhaltung aufs beste bewährt und den Siedlern ein gutes Vorwärtstommen ermöglicht.

(Schluß folgt.)

Montag den 26. Januar 1931

„Reichsverband des Deutschen
Handwerks.
L.-B. Nr. 30 R 4461.
Betr.: Preisauszeichnungen.

Hannover, 16. 12. 1930.
Prinzenstr. 20.

Reichsverband des Deutschen Handwerks.
gez. Derlien. gez. Dr. Meusch.
An die Mitgliedsförperschaften im Reichsverband des
Deutschen Handwerks."

—* Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches in der Siegerländer Metallindustrie. In dem Lohnstreit der Siegerländer Metallindustrie ist der Schiedsspruch vom 2. Januar 1931 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Wetterausichten für Dienstag: Weitere Besserung wahrscheinlich.

Vom Wetter. Nachdem der Schnee in der zweiten Hälfte voriger Woche wieder einmal zum Leibwehen der Winterportier verschunden war, setzte nach vorausgegangenem einzelnen Schneeschauern am gestrigen Sonntag, gegen 7 Uhr abends starker Schneefall ein, der schon gegen Abend einige Stm. betrug. Auch diesmal scheint die Winterherrlichkeit nicht von langer Dauer sein zu sollen. Wenigstens läßt die gelinde Witterung am heutigen Tage hierauf schließen. Nach der bisherigen wechselvollen Witterung hat es immer mehr den Anschein, als ob auch aus dem diesjährigen Winter nichts rechtes werden sollte.

* **Betteln** — kein schlechtes Geschäft. Ein Lefer teilt uns mit: Am Donnerstag forderte ein in mittleren Jahren stehender kräftiger Mann mit unbemerkbar Siegerländer Akzent bei mir eine Unterstützung. Infolge meines dreifachen Benehmens wurde ihm dieselbe abgeschlagen. Darauf erklärte der Bettler, daß dies das erste Haus im ganzen Kreis Wittgenstein sei, wo er nichts bekommen habe. Dieses ist schon glaubhaft, denn jeder wird etwas gegeben haben, nur um den dreifachen Kerl loszuwerden. Als ich ihm nun bedeutete, daß er dann aber ein hohes Einkommen haben müsse und jedenfalls viel mehr verdiene, als ich, erklärte er frech und dreist, er habe auch viel zu brauchen. Unten Schimpfen verließ er schließlich das Haus. — Ich bin der Ansicht, daß hier bei uns gerade genug Noth herrscht, um daß jemand seine Mildthätigkeit bei manchen nothleidenden Einheimischen besser anwenden kann, als bei solchen zweifelhaften Gestalten der Landstraße. Gewiß, auch unter den Bettelmännern ist Unterschied und einigen merkt man es an wie bitter das Almosenersehn ihnen wird. Wer aber so frech aufkommt, wie der oben Geschilderte, der unbedingt glaubt, ein Anrecht auf eine Gabe zu haben, dem weise man unerbittlich die Thür.

Möchte ihre feierlichst eingegangenen Abrüstungsverpflichtungen nicht achten. Unter den Schuldenabmachungen leid Amerika mehr als die Schuldnerstaaten, weil es das Zwangsige des eingetriebenen Geldes durch Verluste in Industrie und Handel einbüße. Die Washingtoner Regierung müsse daher unverzüglich ersucht werden, die Einberufung einer internationalen Konferenz in die Wege zu leiten, um die Schuldenfrage auf Grund der neu geschaffenen Verhältnisse zu überprüfen.

In süßen Worten, so fuhr Butler fort, wird uns erzählt, daß es sich um geborgtes Geld handle, das in alle Ehen zurückgezahlt werden muß. Nicht gesagt wird uns jedoch, daß ein bedeutender Teil davon in den Vereinigten Staaten selbst beim Erwerb von Kriegsmaterialien zu hohen Preisen ausgegeben wurde. Man gestattet uns nicht daran zu denken, daß Geld ebenso ein Instrument des Krieges ist wie Kriegsschiffe, Unterseeboote und Kanonen. Da amerikanische Volk ist der Hauptleidtragende bei den Kriegsschuldenabkommen.

* Die Militärrenten werden am Donnerstag den 29. Jan., die Invaliden- und Unfallrenten am Sonnabend den 31. Jan., von 8 bis 11 Uhr gezahlt.

**** Banse.** Die Zusammenlegung von Aemtern
begin, die Theilung neuer Gebietsteile zu einem alten Amt
bringt erfahrungsgemäß Härten mit sich und wohl selten wird
es vorkommen, daß alle Teile mit der Neueinteilung voll-
kommen zufrieden sind. Meistens wird es eines Nach-
besserungsbedürfnisses bedürfen, welches geltendes Recht schafft, das ist die
Staatsregierung. So sehen wir auch jetzt eine Meinungs-
verschiedenheit heraufziehen zwischen dem alten Amt Banse
und den neu demselben zuzuteilenden Gemeinden des Kirch-
spiels Zeubingen. Die letzteren Gemeinden sehen eine vor-
eilige Handlung darin, daß das jetzige Amt Banse einen
Beschluß gefaßt hat, grundsätzlich den neuen Amtssitz in die
Gemeinde Kunst-Wittgenstein zu legen. Sie glauben dabei,
daß derartige Beschlüsse die jetzige Amtsversammlung des
Amtes Banse nicht allein angingen. Diese Meinung ist ab-
wegig. Die genannte Amtsversammlung ist vorläufig noch
dasjenige Organ, welches über die Angelegenheiten des
Amtes Banse in alter Form zu beschließen hat. Doch dies
nur nebenbei. Die Amtsversammlung von Banse hat der
Gemeinden des Kirchspiels Zeubingen entgegenkommen wol-
len, indem sie den besagten Beschluß einstimmig faßte. In-
der betreffenden Versammlung wurde laut und deutlich zum
Ausdruck gebracht, daß die fragl. Gemeinden lieber zu-
nächst nach Banse gehen wollten, ihnen aber ein Amtshaus
in Friedrichshütte genehm sei, nur wollten sie den Amtssitz
nicht nach Laasphe. Zudem waren die Amtsvertreter aus
dem Kirchspiel Zeubingen zu der Amtsversammlung gebeten.
Wenn dies auch auf Kommissionsbeschluß vom Tage vorher
sehr verspätet geschehen ist, so lag es doch in der Möglichkeit,
einige Vertreter zu entsenden, welche ihrer Meinung Aus-
druck geben konnten und gern sicher angehört worden wären.
In der Amtsversammlung herrschte nur eine Stimme der
Zufriedenheit darüber, daß der gefaßte Beschluß nunmehr
auch die neuen Gemeinden befriedigen würde. Zu dem Al-
titel von Zeubingen in Nr. 19 der Wittgensteiner Zeitung
liegt wahrlich kein Anlaß vor.

**** Feudingen.** Am 22. Januar fand eine Sitzung der Gemeindevertretung unter dem Voritze des Gemeindevorstehers Kuhlmann statt, in der wie folgt verhandelt wurde: 1. Die Wege „Im Muerbach“ und „Hintern Heim“

berg" sollen abgebaut und mit einer Pachtlage versehen werden. Der Weg im Welsenbach von der Wohnung des Friedrich Bernshausen bis zum Bornweg soll mit einer Kleinspaltlade versehen werden nach dem vorliegenden und vom Kreisausschuß genehmigten Kostenanschlag. 2. Der Antrag des Rudolf Roth auf Uebernahme der Reparaturkosten seitens der Gemeinde, die durch das Anbringen eines Giebelständers beim Ordnungsbau entstanden sind, wurde vertagt. 3. Drei Anträge auf Steuerfindung lagen vor, von denen nur einer teilweise genehmigt wurde. 4. Fünf Einstellungsanträge wurden abgelehnt. 5. Die Vertretung nahm Kenntnis von dem Beschluß der Amtsversammlung Bauf vom 20. Januar, nach welchem jetzt schon ein Bauplatz für das neue Amtsgebäude käuflich erworben werden soll. Dieser Beschluß wurde mißbilligt, und die Vertretung beschloß einstimmig, den Bauplatz unentgeltlich herzugeben und das neue Amtsgebäude im Rohbau herzustellen, falls sich die geplante Aufteilung der Aemter bewirklicht.

— Wallau. Schulspartasse. Vor sechs Jahren wurde die hiesige Schulspartasse gegründet. In ihrem Wachsen kann man so recht den Segen einer solchen Einrichtung sehen. Wallau ist ein ausgesprochenes Arbeiterdorf. Alle auch die Gewerbetreibenden, leiden sehr unter der Verdienstsnot. Trotzdem wurden durch die Kinder in den letzten Jahren fast 3000 RM. gespart. Jeden Groschen bringen sie zur Schule und freuen sich am Wachsen der ersparten Summe, die ihnen ein „Sparanzeiger“ täglich angibt. Gerade dieser letzteren Einrichtung ist das überaus rege Sparen der Kinder zu verdanken. Die Kreispartasse Biedenkopf, die die Bedeutung dieses einfachen und billigen Apparates erkannt hat in dankenswerter Weise allen Schulen, die bei ihr angeschlossen sind, einen solchen geschenkt, eine sehr zur Nachahmung empfohlene Art, die Schulen in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Augenblicklich liegen über 10 000 RM. zu Gunsten der Kinder bei der Kasse, denen ein Gesamtumlauf seit Gründung der Schulspartasse von rd. 19 700 RM. gegenübersteht. 2200 RM. Zinsen sind somit den Kindern zu gute gekommen.

Handball.

F. W. Wiedenhopf — **F. W. Laasphe** 1:0. Die beiden Gegner trugen das Spiel in kameradschaftlicher Weise aus. Wiedenhopf war technisch besser. Nur durch die gute Abwehr der Laasphe Verteidigung und Läuferreihe ist eine höhere Niederlage verhindert worden. Der Laasphe Sturm besaß. Ein Buchenauer Turner leitete das Spiel gut.

Футбол.

Breidenbach 1. — Wallau 1. 4 : 4 (2 : 4).
 Edelshausen — Niederlaasphe 2 : 5.

Interessante Ergebnisse aus Süddeutschland.

Sg. Fürth — Union Böttingen 10:2 (6:1)
 Sg. Walldorf — Bayern München 4:1 (2:1)
 Stuttgarter Riders — 1. FC. Nürnberg 3:2
 Wfr. Fürth — FC. Pforzheim 0:4
 1860 München — Schwaben Augsburg 8:1
 Wfr. Redarau — SV. Saarbrücken 1:2
 Union Niederrad — Phönix Ludwigshafen 3:1
 Wfr. Neu-Isenburg — Rot-Weiß Frankfurt 2:2
 FCW. Frankfurt — Jahn Regensburg 5:3

— **Hilfenbach.** Der Pelztierzucht wendet man in
ftalen immer größere Aufmerksamkeit zu, denn Pelztier
sch hoch im Preise. So sind z. B. im Sauerlande be-
einige Silberfuchsfarmen angelegt und weitere geplant.
hierorts hat man mit der Pelztierzucht, wenn auch
ft im kleinen Maßstabe, den Anfang gemacht und zwar
einem Grundstück in der Neustadt. Erworben wurden

drei fogen. Sumpfbiber (Schweifbiber, Koipu), ein Männchen und zwei Weibchen. Diese, mit langem Schweif versehene Nageltiere erreichen eine Länge von 35 bis 45 Ztm. und liefern ein wertvolles Pelzwerk (fogen. Ratundafelle). Die ursprüngliche Heimat dieser Tiere ist das gemäßigtere Südamerika, sie sind aber dort, durch Nachstellungen der Pelzfänger, fast ausgerottet. Die heiligen Tiere stammen aus einer Zuchtform in Bayern, sind also akklimatisiert. Der Kaufpreis, das Bärchen ca. 1000 RM., ist allerdings ein sehr hoher, doch sollen sich die Tiere stark vermehren. Hoffentlich gelingt die Zucht.

— Donsbach (Willkreis). Gefasste Wildddiebe. Der Jäger der hiesigen Jagd konnte am Donnerstag die Wildererbande ihres verwerflichen Treibens überführen. Als sich der Bädermeister Hahn aus Dillenburg in den späten Nachmittagsstunden mit einigen Weidgenossen auf einem Reviergang befand, stießen sie durch die Aufmerksamkeit ihres Hundes in einer jungen Aufforstung auf ein frisches Schößens Reh. Nachdem man den Förster von dem Funde in Kenntniß gesetzt hatte, legte man sich gemeinsam auf die Lauer, um die Wilderer an Ort und Stelle zu fassen. Bereits nach kurzer Zeit konnten die Jäger in der Dunkelheit mehrere Gestalten unterscheiden, die sich dem Revierwild näherten. Auf Anruf versuchten die Männer ihr Heil in der Flucht, doch gelang es Bädermeister Hahn, den einen vor ihnen zu stellen, der sich auch zur Angabe seines Komplatzes bequeme. Mehrere Umstände lassen aber darauf schließen, daß es sich sogar um drei Personen gehandelt hat.

— **Dillenburg.** Die Finanzierung des Turnhallenneubaus in der Wilhelmstraße ist mit rund 110—115 000 Mark veranschlagt. Sollten die beantragten Beihilfen nicht eingehen, so hat der Turnverein rund 76 000 Mark zusammen. Man will mit dem Turnverein in Verhandlungen eintreten, ob man evtl. bereit ist, ein Volksbad mit einzubauen. Dies läge allerdings im Interesse der ganzen Einwohnerschaft.

— **Marburg.** Kommandowechsel bei der Marburger Garnison. Der bisherige Kommandeur des hiesigen Ausbildungs-Bataillons Inf.-Regt. 15, Major Altvater-Madenjen, ist mit Wirkung ab 1. Februar in den Stab des Gruppenkommandos 1 (Berlin) versetzt worden, unter gleichzeitiger Ernennung zum Leiter des Lehrganges für Leibesübungen in Wilnsdorf. An seine hiesige Stelle tritt Major Sommer, bisher im Stabe des Inf.-Regt. 15.

— Bottenborn (Kr. Frankenberg). Unter den gefälltesten Fichten auf der Straße nach Roda befand sich eine mit einer Länge von 80 Metern und einem mittleren Durchmesser von $\frac{1}{2}$ Meter.

— Lauterbach. Große Wildschweinplage in nordöstlichen Oberhessen. Seit einiger Zeit machen sich in den großen Forsten und den angrenzenden Feldern zwischen Lauterbach und Schlitz Wildschweine in außerordentlich starker Anzahl bemerkbar. In den letzten Wochen wurde die Befämpfung dieser Plage planmäßig durchgeführt und dabei von den Forstleuten der gräflichen Forstverwaltung in Schlitz und von den hessischen Staatsförstern bis jetzt rund 30 Wildschweine, darunter mehrere große Keiler, zur Strecke gebracht.

— **Koblentz.** Nachricht aus sibirischer Kriegsgefangenschaft. In dem abgelegenen Westerstalddor Waldeß erschien letzter Tage ein fremder Mann in einem Gasthof und erkundigte sich nach der Wohnung einer Kriegervittwe, deren Familie er eine feltene und überraschende Mitteilung zu machen habe. Der Mann der Frau, der zu Beginn des Krieges als vermißt gemeldet wurde, sei nicht tot, sondern befinde sich noch unter den Lebenden. Er selbst habe mit dem Manne in einem sibirischen Kriegsgefangenenlager zusammengelegen. Man sei es sich damals untereinander einig geworden, daß derjenige, der zuerst die Heimat wiedersehe, den Angehörigen der anderen Grube übermitteln solle. Der Mann aus Waldeß werde bestimmt in etwa vier Wochen in der Heimat eintreffen. Es war natürlich, daß die Waldeßer Einwohner stark an der Wahrheit des Gelernten zweifelten. Trotzdem führte man den Mann zu der Frau des Vermissten, die die Nachricht kaum fassen konnte. Als man dem Mann ein Bild vorzeigte, das den vermeintlichen Vermissten aus der Vorkriegszeit darstellt, bestätigte der Mann sogleich, daß es sein Kamerad sei. Der Verdacht des Sohnes des Vermissten, daß der Fremde es auf einen persönlichen Vorteil abgesehen habe, wurde bald durch das sichere und torrente Benehmen des Fremden zerstreut. Selbst das von der Frau angebotene Nachtlager schlug er aus und übernachtete in dem Aßyl für Wanderer. Die Familie des Vermissten ist in begreiflicher Aufregung und sieht den nächsten Wochen mit größter Spannung entgegen.

— 32 500 Personen in Amerika durch Autos getötet. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten im Jahre 1930 bei Autounfällen ums Leben gekommenen Personen beträgt über 32 500 gegen 31 215 im Jahre 1929. Es ist die höchste Zahl der Opfer, die der Autovekehr bisher in den Vereinigten Staaten gefordert hat.

Sechs Tote bei einem Zugunglück.

Newyork. In Helenwood im Staate Tennessee entgleitete die Lokomotive und sieben Wagen eines von Detroit nach Florida fahrenden Zuges der Southern-Eisenbahn in der ein Meile südlich von der Station befindlichen Kurve und fuhren gegen eine Felswand. Der Lokomotivführer, der Heizer und vier weitere Personen wurden getödtet.

Probeflug des „Do. X“.

Lissabon. „Do. X“ flog am Samstag nachmittag unter Führung des Kapitäns Christiansen zu einem Probeflug auf. Er überflog den Tejo und die Stadt und ging dann auf die Reihe von Alentejo wieder auf das Wasser nieder. Der zweieinhalbstündige Probeflug war in jeder Hinsicht zufriedenstellend. „Do. X“ wird in den nächsten Wochen Lissabon verlassen.

Rheinschleppboot gelungen?

Wesel. Das Schlepboot „Franz“ hat sich in der Nacht infolge des starken Sturmes von dem Schlepptau gelöst und ist abgetrieben. Es konnte bis abends 9 Uhr nicht ermittelt werden. An der Stelle, wo das Boot zuletzt gesehen wurde, befindet sich jetzt eine außerordentlich starke Strömung, jedoch die Möglichkeit besteht, daß das Boot mit vier Mann der Besatzung gesunken ist.

